

## Kaum Verständnis

Von Marius Koity

*„Was ist denn das für ein Rechtsstaat, der Rechtsextremisten Recht gibt?!“, fragten sich gestern Bürger der Region. Für die juristischen Feinheiten, mit denen das Verwaltungsgericht Gera das vom Saale-Orla-Kreis ausgesprochene Verbot des so genannten Festes des Völker ausgesetzt hat, findet kaum ein Mensch Verständnis, so rechtskonform das alles sein mag. Nun hofft man im Schleizer Landratsamt und Pößnecker Rathaus, dass das Oberverwaltungsgericht Weimar ein Zeichen setzen wird. Mehr als zu hoffen wagt aber keiner, denn zu oft hat die Justiz die Exekutive allein gelassen. „Wir sind Kinder der DDR und gewohnt, dass Erscheinungen kurzerhand verboten werden können, wenn die staatliche Ordnung und die Sicherheit der Bevölkerung angegriffen wird“, meinte gestern ein Leser, der nicht genannt werden will. Dieser „kurze Dienstweg“ funktioniert – aus guten Gründen – nicht mehr. Und keiner weiß das scheinbar besser, als die Neonazis, die die Schlupflöcher der Demokratie scham- und gnadenlos beispielsweise für ihren Rassenhass ausnutzen. Gerade deshalb sollte man ihnen morgen die Stirn bieten.*

# CDU und Linke gegen Neonazi-Aufmarsch

Bodo Ramelow: „Pößneck braucht keine Musik, die Hitler und der SS huldigt“

Pößneck (OTZ). „Pößneck darf kein Aufmarschgebiet für Extremisten sein“, erklärte der Vorsitzende des hiesigen CDU-Kreisverbandes Siegfried Wetzel mit Blick auf das so genannte Fest der Völker der NPD am Samstag. Er und die

CDU-Bundestagskandidatin Carola Stauche begrüßen ausdrücklich das bürgerschaftliche Engagement gegen die NPD-Schaffe, daran würden sich auch viele CDU-Mitglieder beteiligen. Sie baten die Gegendemonstranten jedoch

auch, für besonnenes Verhalten zu sorgen.

Seine Teilnahme an der Gegendemonstration zugesagt hat auch der Ministerpräsidentenkandidat der Linken, Bodo Ramelow: „Pößneck braucht keine antisemitischen Hetzreden,

keine Musik, die Hitler und der SS huldigt, keine Treffen von gewaltbereiten Neonazis“. Der Linke-Spitzenpolitiker übte erneut scharfe Kritik an der Landesregierung, die in der Auseinandersetzung mit Neonazis die Kommunen allein lasse.

## „Verkehrstechnisch sehr problematisch“

Einschränkungen des Fußgänger- und Straßenverkehrs in Pößneck bereits heute möglich

Pößneck (OTZ/mko). Zu Einschränkungen des Fußgänger- und Straßenverkehrs in Pößneck könnte es wegen der verschiedenen Veranstaltungen am Samstag bereits ab heute kommen. Das teilte gestern die Polizeidirektion Saalfeld mit. Hintergrund ist offenbar, dass die NPD die Anlagen für ihr so genanntes Fest der Völker ab heute aufbauen will.

„Verkehrstechnisch wird es sehr problematisch sein in und um Pößneck“, blickte Kriminaloberrat Lutz Schnelle, amtierender Leiter der Polizeidirektion Saalfeld, auf den morgigen Tag. Die B 281 wird am Samstag ab 6 Uhr zwischen der Rotasym-Kreuzung und dem Abzweig Pößneck-Ost voll gesperrt. Der örtliche Verkehr von West nach Ost wird über



Foto: OTZ/Jul. Drescher

Die behördlichen Verkehrsumleitungsempfehlungen sollten morgen unbedingt befolgt werden, bittet die Polizei.

die R.-Breitscheid-Straße, jener von Ost nach West über Bodelwitz und Wernburg umgeleitet. Wer nur durchfahren wolle,

sollte die Stadt gleich großräumig umfahren. Der überörtliche Verkehr Richtung A9 wird ab Krölpa über die Dörfer bis

Oppurg geführt. Wer von Neustadt nach Saalfeld will, soll ab dem B281-Abzweig Neunhofen den Weg über Kahla wählen. Die Polizei empfiehlt den Kraftfahrern dringend, sich an die Beschilderungen zu halten, weil auch Schleichwege verstopft sein werden. Auswärtige Teilnehmer an den Samstagveranstaltungen sollen ihre Autos auf ausgewiesenen Flächen im Gewerbegebiet Pößneck-Ost abstellen.

Die Polizei erinnerte an ihr Bürgertelefon, das heute von 12 bis 20 Uhr und morgen von 8 bis 20 Uhr gebührenfrei für Fragen zur Verkehrssituation und Hinweise unter ☎ 08 00/88 55 110 zur Verfügung steht. Auch im Pößnecker Rathaus wird es einen Stab geben, der Fragen der Bürger beantwortet.



# Polizei mehrerer Bundesländer in Pößneck

## Trotzdem könnte es eng werden

**Pößneck (OTZ/mko).** Der Saale-Orla-Kreis wird wahrscheinlich erst heute Beschwerde gegen die verwaltungsgerichtliche Aussetzung seines Verbots des so genannten Festes der Völker einlegen. Das Landratsamt wird die Notwendigkeit des Verbotes der NPD-Schaffe vor dem Oberverwaltungsgericht Weimar wohl auch damit begründen, dass Samstag möglicherweise nicht genug Polizei für die Situationen in Pößneck zur Verfügung stehen werde. Das hat gestern Abend Thüringens Innenminister Manfred Scherer in einem Gespräch mit OTZ nicht ausgeschlossen.

Am Rande einer Unterredung im Pößnecker Rathaus sagte er, dass man das Gericht auf die bundesweit große Zahl polizeilich abzusichernder Veranstaltungen hinweisen werde. Vor diesem Hintergrund soll das Gericht erkennen, dass das so genannte Fest der Völker nicht stattfinden könne. Kriminaloberrat Lutz Schnelle, amtierender Leiter der Polizeidirektion Saalfeld, sagte, dass Kräfte aus allen thüringischen Polizeidirektionen sowie Verbände aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und von der Bundespolizei nach Pößneck beordert werden, aber: „Es kann auch verdammt eng werden.“ Landrat Frank Roßner erklärte, dass sich an der Gefahrenprognose für den 12. September in Pößneck „nichts geändert“ habe. Er dementierte auch, dass ein generelles Versammlungsverbot für den 12. September in Pößneck in Vorbereitung sei. „Da müssten sich noch andere Situationen ergeben“, sagte Roßner auf Anfrage. Von einem solchen Versammlungsverbot hatten gestern

Anzeige

Willkommen zum  
**ARCADEN Shopping**  
Freitag bis 22 Uhr!

GERA  
ARCADEN

Nachmittag Netzwerker gegen den Rechtsextremismus in Jena gesprochen, die sich nach wie vor auf ihre Gegendemonstration in Pößneck vorbereiten. Scherer sagte, dass er nach Pößneck gekommen sei, um den Organisatoren der Meile der Demokratie den Rücken zu stärken. Außerdem habe er in einem Gespräch mit Vertretern der demokratischen Kräfte um Verständnis für die polizeilichen Maßnahmen gebeten.

Schnelle stellte klar, dass die Polizei aller Bürger Grundrechte im Auge haben werden. Nicht nur die Teilnehmer an den verschiedenen Versammlungen sollen ihr Recht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen können, die Polizei will auch sicherstellen, dass die Pößnecker beispielsweise ihre Samstagseinkäufe erledigen können. Der Kriminaloberrat stellte klar, dass die Polizei „Störungen“ beseitigen und „Straftaten“ sofort verfolgen werde. „Not- und Rettungswege müssen unter allen Umständen freigehalten werden!“, heißt es in einer schriftlichen Leitlinie der Polizei zum 12. September in Pößneck. **Kommentar**

